



Geschäftsführung Ausschuss Klima, Umwelt und Grün

Frau Kleindienst

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: ulrike.kleindienst@stadt-koeln.de

Datum: 14.06.2023

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 13.06.2023, 15:35 Uhr bis 16:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Denise Abé	GRÜNE
Herr Christian Achtelik	Volt
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE
Frau Constanze Aengenvoort	CDU
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Florian Weber	CDU
Herr Rafael Christof Struwe	Auf Vorschlag von SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Floris Rudolph	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hans Schwanitz	Bündnis 90/Die Grünen

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	AfD
Frau Caroline Michel	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln
Herr Christian Althoff	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Dr. Volker Ermert	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Anne Roth	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Mildred Utku	Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dr. Johannes Zischler	Auf Vorschlag von CDU
Herr Wilfried Becker	Auf Vorschlag von SPD
Herr Wilhelm Göttinger	Auf Vorschlag von SPD
Herr Martin Osorio Pulido	Auf Vorschlag von FDP
Frau Franziska Weber	Auf Vorschlag von Volt
Herr Frank Feles	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Petra Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
-----------------	---

Verwaltung

Herr Beigeordneter William Wolfgramm	Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften
Herr Christian Kienzle	Dezernat VIII – Umwelt, Klima und Liegenschaften
Herr Konrad Peschen	57 – Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Alice Bauer	VIII-2 Koordinierungsstelle Klimaschutz
Frau Julia Egenolf	01 – Amt der Oberbürgermeisterin

Schriftführerin

Frau Ulrike Kleindienst	57 – Umwelt- und Verbraucherschutzamt
-------------------------	---------------------------------------

Gäste

Frau Dr. Diederichs	Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
Herr Dr. Christian Gattke	Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Köln
Herr Ingo Schwerdorf	Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Köln

Schriftführerin

Frau Ulrike Kleindienst

Presse

-/-

Zuschauer

-/-

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Frau Christiane Jäger	SPD
Herr Dr. Rolf Albach	Auf Vorschlag von FDP

Beratende Mitglieder

Frau Ngoc-Anh Gabriel	Klima Freunde
Frau Dr. Janina Jänsch	Auf Vorschlag von CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	Auf Vorschlag von CDU
Herr Sönke Geske	Auf Vorschlag von SPD
Frau Elisabeth Lange	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Dirk Bachhausen	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
Herr Fardad Hooghoughi	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Luziano Gonzalez Tejon	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Hilde Naurath	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gabriele Wedde	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Vorsitzende, Frau Abé, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter*innen der Verwaltung und der städtischen Unternehmen.

Die Vorsitzende erläutert zur Tagesordnung, dass die Änderungen und Zusetzungen in der Tagesordnung markiert seien und merkt an, dass die Tischvorlage unter TOP 3 – Anfrage der AfD betr.: „Balkonkraftwerke“, wegen ausstehender Beantwortung zurückgestellt werde. Sie bittet um weitere Ergänzungen zur Tagesordnung.

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün erklärt sich mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 1.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betr.: "Klimabildung für Erwachsene"
AN/1120/2023

2 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 2.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

- 2.1.1 Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung
2352/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. zu TOP Ö 4.1.5 betr.: "Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung" (2352/2022 zu TOP 2.1.1 - SoSi AKUG 13.06.2023)
AN/1133/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu TOP 2.1.1 betr.: " Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung" (2352/2022)
AN/1228/2023

3 Anfrage der AfD-Fraktion betr.: Balkonkraftwerke: Verwaltungsaufwand und Kosten

AN/1212/2023
zurückgestellt

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

1.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betr.: "Klimabildung für Erwachsene" AN/1120/2023

Frau Weber stellt den Antrag bzgl. der Formate und Zielgruppe vor.

Herr Feles bittet um weitere Erläuterung zu den Berufsgruppen der Menschen mit Beeinträchtigungen, z. B. in den Behindertenwerkstätten Pesch, als auch ganz allgemein in der Bevölkerung, ob diese auch in dem vorliegenden Antrag inkludiert seien. Sofern dies nicht berücksichtigt sei, bittet er um Ergänzung.

Herr Achtelik erläutert, dass sich der Antrag auf Menschen beziehe, die bei Ihrer Tätigkeit im öffentlichen Raum davon Betroffen seien. Er bestätigt die Aussage von Herrn Feles, dass natürlich auch Menschen, die im Sommer in Hallen arbeiten, von Hitzebeeinträchtigungen betroffen sein könnten. Er merkt an, dass für die Umsetzung vorgeschlagen worden sei auf Berufsmessen zu gehen, und wenn die einzelnen Interessensverbände dort vertreten seien, kämen auch die Informationen entsprechend an. Abschließend äußert er, dass dieses Konzept jetzt erst zur Ausarbeitung und Umsetzung an die Verwaltung gegeben werde. Er gehe davon aus, dass dieser Gedanke in der Ausarbeitung berücksichtigt werde und bedankt sich für die Anmerkung.

Herr Becker merkt an, dass seine Fraktion den Antrag in der vorliegenden Form gut finde, und beantragt, dass bei dem Projekt alle Stadtbezirke berücksichtigt werden. Abschließend erinnert er an das im Jahr 2012 beschlossene Klimabildungskonzept und dem Paket mit den 180 Maßnahmen und fragt, was daraus geworden sei.

Frau Röhrig weist darauf hin, dass Infostände sehr personalintensiv seien, egal ob diese an drei oder fünf Plätzen stattfinden. Sie fragt, ob dies bedacht wurde.

Herr Peschen äußert auf die Frage von Herrn Feles, dass der Hitzeaktionsplan im letzten Jahr beschlossen wurde und die Verwaltung gerade dabei sei sich auch in Richtung anderer Zielgruppen zu bewegen. Er informiert, dass mit dem Thema „Menschen über 65“ gestartet wurde und jetzt unter dem Gesichtspunkt von Inklusion auf andere Bereiche, z. B. auch auf Schwangere, ausgeweitet werde. Er merkt an, dass der Antrag genau zu dem Thema passe, dass im Anschluss hier hoffentlich heute beschlossen werde. Er bittet darum, die Dinge einfach mal zu entwickeln und zu sehen, welche Akzeptanz die Verwaltung erreiche, aber immer mit Blick auf andere Zielgruppen, die wichtige Multiplikatoren seien. Er erläutert zur Frage von Herrn Becker, dass es in einer Großstadt schwierig sei entsprechende Plätze zu finden und vorzubereiten, deshalb werde erstmal mit drei Plätzen gestartet. Er merkt an, dass die Frage bzgl. des Maßnahmenpaketes von der Verwaltung nachgereicht werde. Abschließend weist er zur Personalfrage von Frau Röhrig darauf hin, dass die Verwaltung nicht alles mit eigenen Personalressourcen abdecken müsse, da auch Kompetenzen außerhalb der Verwaltung mit ihr zusammenarbeiten wolle.

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün beschließt für das Jahr 2023 und 2024 ein

Projekt zur Klimabildung für Erwachsene. Bürger*innen sollen durch eine niederschwellige und wissenschaftlich fundierte Infokampagne für die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Gesundheit sensibilisiert werden. Das Projekt soll möglichst in Zusammenarbeit mit Institutionen der Umweltbildung (Umweltbildner*innen) erarbeitet werden.

Das Projekt "Klimabildung für Erwachsene" soll folgende Formate beinhalten:

1. Informationsstände und Materialien angeknüpft an das Projekt "Cooling Cologne" (Wassersprühaktion an besonders heißen Tagen auf bis zu 3 öffentlichen Plätzen Kölns). Hier sollen Hitze und diese aufmerksamkeitsregenden Aktionen mit Infoständen zur Klimabildung verknüpft werden.
2. Mobile Informationsstände bei Wochenmärkten und Straßenfesten, vorrangig in besonders hitzebelasteten Stadtteilen.
3. Informationsstände bei Berufsmessen von hitzebeeinträchtigten Berufsgruppen (z.B. Handwerk, Gesundheitsbranche etc.) zur zielgruppengerechten Bildungsarbeit.

Finanzierung

Die Finanzierung des Projekts in Höhe von 40.000€ pro Jahr erfolgt über den Teilplan 1401,

Teilplanzeile 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

2 Allgemeine Beschlussvorlagen

2.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

2.1.1 Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung 2352/2022

Frau Roth begrüßt die von der Verwaltung gut vorbereitete Vorlage und könne vollumfänglich zustimmen.

Frau Aengenvoort bedankt sich für die Möglichkeit, dass die Vorlage einmal zurückgestellt werden konnte, um noch ausstehende Fragen in der Angelegenheit zu klären. Sie stellt den Änderungsantrag zur Thematik „Verschattung“ (siehe Punkt III.) vor und bittet um Zustimmung.

Frau Röhrig äußert sich positiv über den Änderungsantrag zum Thema „Verschattung“. Sie weist auf das stattgefunden Informationsgespräch am 09.06.2023 in der Angelegenheit hin und teilt mit, dass die Fraktion Die Linke. – nach fraktionsinterner Beratung - den gestellten Änderungsantrag (siehe Punkt II.) zurückziehe.

Die FDP-Fraktion, Frau Hoyer (Vertretung – Herrn Dr. Albach) beantragt punktweise Abstimmung der Ratsvorlage, da die FDP-Fraktion zum Masterplan Stadtgrün im Rat eine andere Position vertreten habe und aus diesem Grund der Vorlage nicht zustimmen werde. Sie merkt sie an, dass sie aber den Änderungsantrag des Bündnisses zum Thema „Verschattung“ gut finde und diesem Abschnitt zustimme.

Frau Michel beantragt mündlich (siehe Punkt IV) in den Bestandskatalog folgende Maßnahmen zur Entsiegelung aufzunehmen:

- Kontrolle des Begrünungsgebots privater Gärten gemäß Bauordnung NRW,
- Rückbau versiegelter Gartenflächen (sogenannter Schottergärten).

Herr Becker äußert sich positiv über die Vorlage, dem die SPD-Fraktion zustimmen werde. Des Weiteren bittet er darum, dass der Änderungsantrag des Bündnisses - der auch zur Abstimmung vorliege -, um das Thema „Trinkbrunnen“ unter dem Thema „Gesundheit“ erweitert werde.

Herr Feles schlägt vor, dass die Bolzplätze begrünt (Rasenfläche) und die Standorte von Trinkbrunnen – auch auf zentralen Plätze in den Vororten- erweitert werden solle.

Herr Achtelik äußert, dass er der Angelegenheit zustimmen werde. Abschließend merkt er an, dass er die Vorschläge (- mehr Schottergärten rausnehmen; - Bolzplätze mit Asche zu begrünen; - Trinkbrunnen in Vororte) alle für wichtig und richtig halte, aber das Einbringen einzelner Ideen hier im Ausschuss bringe die Angelegenheit nicht weiter, da mit dem Beschluss dieser Ratsvorlage erst die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt werde. Er sei der Auffassung, dass im Nachgang der Beschlussfassung die Fragen und die Vorschläge der Politik der Verwaltung vorgelegt werden solle.

Herr Beigeordneter Wolfgramm, Dezernat Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften, bedankt sich für die Wortmeldungen und konstruktiven Beiträge. Er merkt an, dass er dem Vorschlag zum weiteren Verfahren in der Angelegenheit zustimme. Er weist darauf hin, dass vor gut drei Wochen das Präsidium des Deutschen Städtetages in Köln zu Gast gewesen sei und alle Beiträge sich mit den großen Transformationsaufgaben der Kommunen beschäftigt habe. Er berichtet, dass sowohl die Ausführungen des Präsidenten des Deutschen Städtetages, als auch des Vorsitzenden des Bundeskanzlers, um das Thema Klimawandel und Anpassung gegangen sei, und daraus sei die Wichtigkeit dieses Themas ersichtlich. Er informiert, dass nach dem Beitrag der Oberbürgermeisterin andere Kommunen aufgestanden und gesagt hätten, dass sie sich auch wie Köln auf den Weg machen wollten. Er denke, dass das zeige, dass Köln auf dem richtigen Weg sei und gibt das Wort an Herrn Peschen weiter.

Herr Peschen, Umwelt- und Verbraucherschutzamt, informiert, dass die Verwaltung mit der Überarbeitung neuer Daten des Wetterdienstes begonnen habe und mit dem Beschluss der Vorlage, könne dann die Strategie und die Konzeption erarbeitet werden, mit der die Verwaltung dann im Anschluss zur weiteren Diskussion in die Politik gehe. Er sagt zu, dass er die Anregungen und Vorschläge in dem verwaltungsinternen Prozess aufnehmen und prüfen werde.

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat wie **Punkt V.** zu beschließen:

I. Beschluss:

Entsprechend dem Ratsauftrag [AN/2624/2021](#) legt die Verwaltung eine Bestandsaufnahme von Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung vor und entwickelt eine Strategie, um die Querschnittsaufgabe Klimawandelanpassung in der Verwaltung für die Folgejahre zu verorten.

1. Der Rat genehmigt die Entwurfsplanung und die Kostenberechnung für die in der Anlage 1 dargestellten Sofortmaßnahmen mit Gesamtaufwendungen i.H.v.

287.450 € (brutto) p.a..

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

2. Zudem beauftragt der Rat die Verwaltung alle erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung einer Koordinationsstelle „KlimawandelAnpassungsManagement (KAM)“ mit Gesamtaufwendungen i.H.v. 300.900 € (brutto) p.a. umzusetzen und die hierfür erforderlichen Mehrstellen im Rahmen des regulären Stellenplanverfahrens zu realisieren.

Die Gesamtaufwendungen der Maßnahmen unter Punkt 1 und 2 betragen auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung 588.350 € brutto p.a. Diese sind in Anlage 1 dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3. Zur Finanzierung der vorgenannten Gesamtaufwendungen i.H.v. 588.350 € brutto stehen u.a. im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Finanzmittel i.H.v. 413.350 € (brutto) zur Verfügung. Die restliche Finanzierung von 175.000 € brutto stellt das Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften im Rahmen des Stellenplanverfahrens sicher.

Ab dem Haushaltsjahr 2025 wird das Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, gegebenenfalls durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4. Der Rat beschließt zur Umsetzung des „Masterplans Stadtgrün“ in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen gemäß § 83 GO NRW in Höhe von jeweils 93.400 € brutto im Teilergebnisplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in der Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen (80.600 € brutto) und der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (12.800 € brutto), zur Verfügung zu stellen. Die Deckung erfolgt in entsprechender Höhe durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Deckungsmittel sind in den ausgewiesenen Gesamtaufwendungen enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP - **zugestimmt**.

5. Zudem beschließt der Rat, dass über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem als Anlage 2 beigefügten Bestandskatalog jährlich zu berichten ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- II. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. zu TOP Ö 4.1.5 betr.: "Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung" (2352/2022 zu TOP 2.1.1 - SoSi AKUG 13.06.2023) AN/1133/2023**

Die Fraktion Die Linke. hat die Angelegenheit zurückgezogen.

- III. Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu TOP 2.1.1 betr.: "Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung" (2352/2022) AN/1228/2023**

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

6. Im Bestandskatalog - Maßnahmen zur integrierten Klimafolgenanpassung – sind folgende Maßnahmen zur Verschattung mit aufzunehmen:

Handlungsfeld:	Gesundheit
Titel der Handlung:	Verschattung von öffentlichen Flächen
Beschreibung:	Im Rahmen eines Versuchs sind kurzfristig ein Kinderspielfeld und eine öffentliche Platzfläche durch geeignete Verschattung zu kühlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- IV. Mündlicher Änderungsantrag der Fraktionen Die Fraktion zu TOP 2.1.1 betr.: "Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung" (2352/2022)**

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

7. Im Bestandskatalog - Maßnahmen zur integrierten Klimafolgenanpassung – sind folgende Maßnahmen zur Entsiegelung mit aufzunehmen:

- Kontrolle des Begrünungsgebots privater Gärten gemäß Bauordnung NRW,
- Rückbau versiegelter Gartenflächen (sogenannter Schottergärten),

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **abgelehnt**.

V. Geänderter Beschluss gem. Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt (AN1228/2023) (fett/kursiv):

Entsprechend dem Ratsauftrag [AN/2624/2021](#) legt die Verwaltung eine Bestandsaufnahme von Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung vor und entwickelt eine Strategie, um die Querschnittsaufgabe Klimawandelanpassung in der Verwaltung für die Folgejahre zu verorten.

1. Der Rat genehmigt die Entwurfsplanung und die Kostenberechnung für die in der Anlage 1 dargestellten Sofortmaßnahmen mit Gesamtaufwendungen i.H.v. 287.450 € (brutto) p.a..
2. Zudem beauftragt der Rat die Verwaltung alle erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung einer Koordinationsstelle „KlimawandelAnpassungsManagement (KAM)“ mit Gesamtaufwendungen i.H.v. 300.900 € (brutto) p.a. umzusetzen und die hierfür erforderlichen Mehrstellen im Rahmen des regulären Stellenplanverfahrens zu realisieren.
Die Gesamtaufwendungen der Maßnahmen unter Punkt 1 und 2 betragen auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung 588.350 € brutto p.a. Diese sind in Anlage 1 dargestellt.
3. Zur Finanzierung der vorgenannten Gesamtaufwendungen i.H.v. 588.350 € brutto stehen u.a. im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Finanzmittel i.H.v. 413.350 € (brutto) zur Verfügung. Die restliche Finanzierung von 175.000 € brutto stellt das Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften im Rahmen des Stellenplanverfahrens sicher.

Ab dem Haushaltsjahr 2025 wird das Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, gegebenenfalls durch Umschichtungen, vorsehen.

4. Der Rat beschließt zur Umsetzung des „Masterplans Stadtgrün“ in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen gemäß § 83 GO NRW in Höhe von jeweils 93.400 € brutto im Teilergebnisplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in der Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen (80.600 € brutto) und der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (12.800 € brutto), zur Verfügung zu stellen. Die Deckung erfolgt in entsprechender Höhe durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Deckungsmittel sind in den ausgewiesenen Gesamtaufwendungen enthalten.

5. Zudem beschließt der Rat, dass über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem als Anlage 2 beigefügten Bestandskatalog jährlich zu berichten ist.

6. Im Bestandskatalog - Maßnahmen zur integrierten Klimafolgenanpassung – sind folgende Maßnahmen zur Verschattung mit aufzunehmen:

Handlungsfeld: Gesundheit

Titel der Handlung: Verschattung von öffentlichen Flächen

Beschreibung: Im Rahmen eines Versuchs sind kurzfristig ein Kinderspielplatz und eine öffentliche Platzfläche durch geeignete Verschattung zu kühlen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimme der FDP-Fraktion – **zugestimmt.**

**3 Anfrage der AfD-Fraktion betr.: Balkonkraftwerke: Verwaltungsaufwand und Kosten
AN/1212/2023**

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün stellt die Angelegenheit – vor Eintritt in die Tagesordnung - zurück.

Die Vorsitzende, Frau Abé, schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Denise Abé
(Vorsitzende)

gez. Ulrike Kleindienst
(Schriftführerin)